

## DER WEG ZUR TOTALEN DIKTATUR

### Der Reichstag brennt

Das alles passiert einige Tage, bevor am 27. Februar 1933 das Reichstagsgebäude in Flammen aufgeht. In den Tagen zuvor kursierten Gerüchte, Hitler wolle mit einem inszenierten Attentat auf sich selbst einen Vorwand für ein noch härteres Vorgehen herbeizaubern, und der SPD-Abgeordnete Paul Löbe hatte sich schon mit dem Gedanken beschäftigt, diese Pläne publik zu machen, als der Reichstagsbrand jedes Szenario dieser Art überflüssig macht. Um 21 Uhr war der Brand bemerkt worden, eine halbe Stunde später konnten Polizisten im brennenden Parlament den niederländischen Linksanarchisten Marinus van der Lubbe festnehmen. Er habe die Brandstiftung allein unternommen, erklärt van der Lubbe, um die deutsche Arbeiterschaft zum Widerstand gegen das NS-Regime aufzurufen. Wahrscheinlich war er tatsächlich ein Einzelgänger, obwohl gerade wegen der vorhergehenden Attentatsgerüchte immer wieder die Behauptung aufgestellt worden ist, daß die Nazis selbst hinter dem Brand gestanden hätten. Wie auch immer: Zumindes haben sie sofort die Möglichkeiten begriffen, die ihnen dieses Ereignis eröffnete.

Göring war der erste, der noch vor Hitler und Goebbels am Brandort eintraf. »Das ist der Beginn des kommunistischen Aufstandes, sie werden jetzt losschlagen!« läßt er mit pathetisch schwerer Stimme Rudolf Diels, den späteren ersten Gestapo-Chef, wissen »Es darf keine Minute versäumt werden.« Schwer zu sagen, ob er an den kommunistischen Aufstand wirklich geglaubt hat, letzteres aber hat er mit Bestimmtheit ernst gemeint. Auch Hitler begreift sofort, nachdem er im Reichstag eingetroffen ist, die Gunst der Stunde. »Jeder kommunistische Funktionär wird erschossen, wo er angetroffen wird«, bestimmt er noch vor Ort und ohne Rücksicht auf die wirklichen Hintergründe: »Alles ist festzusetzen, was mit den Kommunisten im Bunde steht. Auch gegen Sozialdemokraten und Reichsbanner gibt es jetzt keine Schonung mehr.«

Linke Seite: Stadtwerker in Worms unter Hindenburg- und Hitler-Bild, 1933. In diesem Jahr werden die Nationalsozialisten das Reich in ihrem Sinne »gleichschalten«. Politische Gegner werden ausgeschaltet. Erst trifft es die Kommunisten, dann die übrigen Parteien und die Gewerkschaften, schließlich auch die Länder und die öffentliche Verwaltung. Der alternde Reichspräsident läßt es geschehen.





Eine Razzia von Polizei und zu Hilfspolizisten ernannten SA-Mitgliedern in Altona im März 1933. In dem

Arbeiterviertel Altonaer Altstadt zwischen der Königstraße und der damaligen Hamburger Stadtgrenze am Nobistor hat bis März 1933 die KPD eine starke Position.

Noch vor dem Morgen des 28. Februar sind viertausend kommunistische Funktionäre und Parteimitglieder in »Schutzhaft« genommen worden. Göring hat sofort alle kommunistischen Zeitungen, und auf zwei Wochen auch alle sozialdemokratischen, verbieten lassen. Sämtliche Parteilokale der Kommunisten werden gestürmt und geschlossen. Der Parteivorsitzende

Ernst Thälmann, der rechtzeitig untertauchen konnte, wird am 3. März auf Grund einer Denunziation in seinem Charlottenburger Versteck aufgespürt und festgenommen. Im Nürnberger Prozeß nach dem Krieg wird Göring zugeben, daß diese Verhaftungswelle auf jeden Fall stattgefunden hätte, ohne den Reichstagsbrand allerdings zu einem späteren Zeitpunkt.

Am 28. Februar haben die Nazis auch damit begonnen, mit Leuten »aufzuräumen«, die mit den Kommunisten wenig oder nur am Rande zu tun hatten. Carl von Ossietzky, der Herausgeber der *Weltbühne*, wird an diesem Tag ebenso in »Schutzhaft« genommen wie die Schriftsteller Erich Mühsam, Ludwig Renn und Egon Erwin Kisch, der Sexualforscher Max Haddann und der Rechtsanwalt Hans Litten. Überall in Deutschland entstehen zu dieser Zeit unter Führung der SA die ersten »wilden« Konzentrationslager. Eines davon befand sich in der Alten Brauerei an der Berliner Straße



in Oranienburg, in der sich die SA-Standarte 208 seit Februar eingenistet hatte. Nach einer Odyssee durch mehrere Gefängnisse wird Mühsam im Februar 1934 dorthin verschleppt. Nur wenige Monate später bringt ihn die SA um.

Carl von Ossietzky ist am Morgen des 28. Februar um 4 Uhr früh in der Bayerischen Straße 12 von zwei Zivilbeamten verhaftet worden. Ein gedungener Denunziant wird später aussagen, Ossietzky während des Reichstagsbrandes in einer kommunistischen Kneipe am Alexanderplatz bei konspirativen Gesprächen belauscht zu haben. Als der »Schutzhäftling« Ossietzky 1935 den Friedensnobelpreis erhält, ist dies für Hitler Anlaß, Reichsdeutschen in Zukunft die Annahme von Nobelpreisen grundsätzlich zu untersagen. Ossietzky stirbt kurz darauf an den Folgen von Hitlers Konzentrationslagerhaft.

Zielgerichtet nutzt die nationalsozialistische Führung den Reichstagsbrand, um kurz vor der Reichstagswahl am 5. März 1933 die brutale Verfolgung von Regimegegnern noch zu verschärfen. »Nun können wir aufs Ganze gehen«, frohlockt Goebbels noch in der Nacht nach dem Brand. Die Zahl derer, die innerhalb der nächsten Wochen in »Schutzhaft« genommen und in improvisierte Konzentrationslager verschleppt werden, steigt

Geschäftszimmer des Schutzhaftlagers im thüringischen Altenburg, März oder April 1933. Mit dem Mittel der »Schutzhaft« vor allem schaltet das NS-Regime seine Gegner aus. Die formaljuristische Grundlage der »Schutzhaft« ist eine Reichstagsverordnung vom 28. Februar 1933, die der Geheimen Staatspolizei die willkürliche Verhaftung von Gegnern des Regimes gestattet.

### **Fritz Thyssen: Der Finanzier**

Fritz Thyssen gehört zu den ersten Industriellen, die Adolf Hitler und seine Partei finanziell unterstützen werden. Thyssen ist Mitglied der monarchistischen DNVP, aber als er Hitler 1923 kennenlernt, ist er fasziniert von dem jungen Politiker, dem er zutraut, die Arbeiterbewegung nicht klassenkämpferisch, sondern national auszurichten. Er unterstützt Hitler beim Kauf des Barlowschen Palais als Parteihaus in München, stellt Kontakte zur Wirtschaft her und öffnet ihm die Tür zum Düsseldorfer Industrieclub.

Nachdem er 1931 der NSDAP beigetreten ist, rückt Thyssen 1933 in den Generalrat der Wirtschaft auf. Bald wird er Preußischer Staatsrat und Mitglied des Reichstags. Gleichzeitig bleibt er Aufsichtsratsvorsitzender der August Thyssen-Hütte AG.

Nach 1935 geht Thyssen immer mehr auf Distanz zum Regime. Wegen seiner Abscheu angesichts der Judenpogrome und seiner Ablehnung eines Krieges gegen die Westmächte – den Krieg mit der Sowjetunion befürwortet er – flieht Thyssen 1939 in die Schweiz. 1940 wird er ausgebürgert, und die Nazis ziehen sein Vermögen ein. Noch im selben Jahr nimmt ihn die französische Vichy-Regierung während einer Durchreise fest und liefert ihn gemeinsam mit seiner Frau Amélie an Deutschland aus. Bis 1945 sitzen beide in Haft, zuerst in einem Sanatorium bei Berlin, dann als »Ehrenhäftlinge« in Sachsenhausen, Buchenwald und Dachau. Auch nach Kriegsende kommt Thyssen nicht frei, die Amerikaner halten ihn drei weitere Jahre gefangen. Erst nachdem er im Zuge der Entnazifizierung von der Spruchkammer in Königstein/Taunus als »minderbelastet« eingestuft

wird, ist er ein freier Mann. 1950 wird ihm auch sein Vermögen zurückerstattet. Wenige Monate später stirbt Thyssen in Buenos Aires.

Der Aufsichtsrat und Vorstand der Vereinigten Stahlwerke A.G. in Düsseldorf, 1935. 3.v.l.: Fritz Thyssen.



schnell auf Zehntausende an. Schon am Tag nach dem Brand wird die Verfolgung durch die Reichstagsbrandverordnung legalisiert. Die von Reichspräsident Paul von Hindenburg auf Empfehlung des Kabinetts erlassene Notverordnung setzt die wesentlichen Grundrechte der Weimarer Verfassung außer Kraft. Seitdem befindet sich das Deutsche Reich bis zu seinem Ende im Frühjahr 1945 in einem förmlich verhängten zivilen Ausnahmezustand. Politische Gegner können jetzt ohne Anklage und Beweise in gerichtlich nicht kontrollierbare »Schutzhaft« genommen und regimekritische Publikationen ohne weiteres verboten werden.

Alle Grundrechte sind seit diesem 28. Februar in Deutschland mit einem Federstrich des alternden Reichspräsidenten außer Kraft gesetzt. Das war weit mehr, als der Artikel 48 der Weimarer Verfassung je vorgesehen hatte, nach dem Notverordnungen immer nur eine vorübergehende Wirkung haben sollten. Jetzt aber befindet sich das ganze Reich im Ausnahmezustand. Alles ist möglich geworden. Kein Verhafteter muß mehr innerhalb von 24 Stunden einem Richter vorgeführt werden, das Recht auf einen Verteidiger und auf Akteneinsicht ist suspendiert, ein Berufungsrecht existiert nicht mehr. Mit dieser im Schnellverfahren unter dubiosen Anschuldigungen verabschiedeten Verordnung ist im Deutschen Reich der

Die Wirtsleute der Gastwirtschaft »Zum Heißen Stein« in Aschaffenburg warten 1933 auf ihre Gäste. Für diejenigen, die keine erklärten politischen Gegner der Nazis sind und die keiner diskriminierten und ausgegrenzten Minderheit angehören wie die Juden, verläuft das Leben nach 1933 zunächst in den gewohnten Bahnen weiter.



Ein Festwagen während der Heimatwoche 1934 in Vechta stellt das Flaggschiff des Norddeutschen Lloyd, die »Bremen«, dar. Mit den Dampfern des Lloyd verlassen viele Deutsche jüdischen Glaubens ihre Heimat. Die erste Auswanderungswelle setzt im April 1933 als Folge des Boykotts jüdischer Geschäfte und der ersten gesetzlichen Repressalien ein. Rund 37 000 Juden verlassen in diesem Jahr Deutschland, 1934 sind es noch einmal 23 000.

Rechtsstaat von heute auf morgen unspektakulär und bedenkenlos verabschiedet worden. »Hier, und nicht erst im Ermächtigungsgesetz einige Wochen später«, so der Historiker Hans-Ulrich Thamer, »wurde die entscheidende gesetzliche Grundlage nationalsozialistischer Herrschaft geschaffen, schon hier wurde die scheinlegale Begründung geschaffen für den Terror und die Verfolgung aller Gegner des Regimes.«

Während dieses Ausnahmezustands finden am 5. März die letzten Wahlen statt. »Die zahlreichen braunen Uniformen, die riesigen Naziplakate, mit denen die Städte und das Land übersät waren«, so der amerikanische Botschafter Frederic M. Sackett über die Tage vor der Wahl, »die häufigen Aufmärsche der braunen Heerscharen und die täglichen Wahlreden der Naziführer durch den Rundfunk zielen darauf ab, den Eindruck gerade jetzt zu erwecken, daß es in Deutschland nur eine große Partei gibt.« Am Vorabend der Wahl inszeniert Goebbels mit großem Pomp den bevorstehenden »Tag der erwachenden Nation«. Hitler wird nach Königsberg eingeflogen, in die alte Krönungsstadt der preußischen Könige.

Der Feldmarschall (Hindenburg), sagt Hitler in einer genau durchkalkulierten Rede, habe Ostpreußen vom Feind befreit, während er als einfacher Grenadier im Westen seine Pflicht erfüllte. »Feierliche Stille«, so

### Prinz August Wilhelm von Preußen: NSDAP-Mitglied Nr. 24

Prinz August Wilhelm, der vierte Sohn von Kaiser Wilhelm II., ist als Parteimitglied und begeisterter Redner der Vorzeige-Adlige für die Nazis. Am 29. Januar 1887 im Potsdamer Stadtschloß geboren, wurde er 1907 zum Doktor der Staatswissenschaften promoviert.

»Auwi«, mit Prinzessin Alexandra Viktoria von Schleswig-Holstein-Sonderburg-Glücksburg verheiratet, ist musisch sehr interessiert und versucht sich als Maler. Wie die meisten Hohenzollern hat er auch ein Faible für das Militär. Über die Mitgliedschaft im Stahlhelm kommt er zur NSDAP, der er am 1. April 1930 beitrifft. Sein Mitgliedsausweis trägt die Nr. 24 – obwohl die Partei schon 100 000 Mitglieder hat. Am 4. Juni 1931 folgt seine Aufnahme in die SA, 1933 wird August Wilhelm preußischer Staatsrat und Mitglied des Reichstages. Bis dahin hat er in monarchistischen Kreisen für die Partei geworben, und jetzt spricht er regelmäßig auf Massenkundgebungen. In der SA steigt er 1939 zum Obergruppenführer auf. Aber 1942, nachdem er sich im privaten Kreis negativ über Goebbels geäußert hat, fällt er in Ungnade.

Anfang Februar 1945 verläßt er Potsdam. Er flüchtet nach Kronberg nahe Frankfurt am Main zur Landgräfin Margarete von Hessen, einer Schwester seines Vaters. Am 8. Mai 1945 wird er von den Amerikanern festgenommen und muß drei Jahre Lagerhaft absitzen. Prinz August Wilhelm von Preußen stirbt am 25. März 1949 im Alter von 62 Jahren in einem Stuttgarter Krankenhaus.



Prinz August Wilhelm von Preußen in Zivil im Jahr 1930, fotografiert von Hitlers Leibfotografen Heinrich Hoffmann.

Goebbels, habe nach diesen Worten, die eine neue deutsche Volkseinheit von alt und neu, Ost und West, oben und unten beschworen, über der ganzen Versammlung gelegen, »Rührung und tiefste Ergriffenheit«. Am Ende klingt in den Schlußakkord der Rede das Niederländische Dankgebet, das in der letzten Strophe übertönt wird vom Glockenläuten des Königsberger Doms. Millionen können über das Radio dabei sein. Es war tatsächlich ein überaus erfolgreiches Meisterstück der Agitation, was Goebbels da inszeniert hatte.



Aschaffenburg: SA und Vertreter von Kriegervereinen sammeln sich am 2. August 1934 in der Weißenburger Straße zur Trauerkundgebung für den verstorbenen Reichspräsidenten Paul von Hindenburg.

Dennoch verfehlen die Nazis bei diesen kaum mehr frei zu nennenden Wahlen mit 43,9 Prozent deutlich die erhoffte absolute Mehrheit. In Berlin, was für Goebbels besonders enttäuschend ist, kommen sie sogar nur auf 31,3 Prozent. Hitler jedoch betrachtet das Ergebnis als

»Revolution«, zumal er nun gemeinsam mit den acht Prozent seiner konservativen Partner von der »Kampffront Schwarz-Weiß-Rot« doch noch an eine absolute Mehrheit kommt. Die Kommunisten haben zwar mit 12,3 Prozent nicht übermäßig verloren, aber sie sind kaum noch handlungsfähig. »Jetzt haben wir es geschafft«, notiert Goebbels in der Wahlnacht ins Tagebuch. »Jetzt kann der Aufbau im Durchbruch der deutschen Revolution beginnen.«

Schon drei Tage nach der Reichstagswahl werden auf Grundlage der »Reichstagsbrandverordnung« alle politischen Mandate von Mitgliedern der Kommunistischen Partei Deutschlands annulliert. »Gegen Verrat am deutschen Volke und hochverräterische Umtriebe« war diese von Hindenburg unterzeichnete Verordnung gerichtet, doch sie enthält, wie die Verordnung vom 28. Februar, keine Ausführungsbestimmungen, so daß der Willkür Tür und Tor geöffnet werden. Ohne weiteres kann Göring die Verordnung auf alle ausdehnen, »die mit den Kommunisten zusammenarbeiten und deren verbrecherische Ziele, wenn auch nur mittelbar, unterstützen und fördern«.

Auf den Tag genau 62 Jahre nach der ersten Reichstagssitzung im Kaiserreich wird am 21. März der neue Reichstag eröffnet. Ganz bewußt hat man nach dem Reichstagsbrand Potsdam als Traditionsort preußischer Geschichte dafür ausgewählt. Wieder, wie in Königsberg vor der Wahl, inszeniert der eine Woche zuvor zum Propagandaminister ernannte Joseph Goebbels den »Tag von Potsdam« über dem Grab Friedrichs des Großen in der Garnisonkirche als symbolische Verbindung von altem und neuem Deutschland. Hitler begrüßt, im zivilen schwarzen Cut, mit tiefer, fast ehrfurchtsvoll inszenierter Verbeugung, den 86jährigen Hindenburg, der die Uniform des kaiserlichen Generalfeldmarschalls trägt. Repräsentanten von Wirtschaft und Verwaltung, Offiziere der Reichswehr, Veteranen der Bismarckschen Reichseinigungskriege und uniformierte SA-Leute drängen sich in der Kirche. Anwesend sind auch die Reichstagsabgeordneten der rechten und bürgerlichen Parteien.

Die Sozialdemokraten blieben demonstrativ fern. Nicht anwesend waren auch die kommunistischen Abgeordneten. Sie waren, wie der nationalsozialistische Innenminister Wilhelm Frick höhnisch bemerkte, »durch nützliche Arbeiten in den Konzentrationslagern« am Erscheinen gehindert. Das alles hindert Hindenburg nicht, nach dem Choral »Nun danket alle Gott« in seiner Ansprache zu behaupten, das Volk habe sich »mit einer klaren Mehrheit hinter diese durch mein Vertrauen berufene Regierung gestellt und ihr dadurch die verfassungsmäßige Grundlage für ihre Arbeit gegeben«.

Hitler hat nie einen Hehl daraus gemacht, daß die einzige Aufgabe dieses Reichstags darin bestehen sollte, ihm zu einem Ermächtigungsgesetz zu verhelfen. Zwei Tage nach dem von Reichspropagandaminister Joseph Goebbels erfolgreich inszenierten »Tag von Potsdam« stimmt das Rumpfparlament tatsächlich dem »Gesetz zur Behebung der Not von Volk und Reich« zu, das, so Reichsinnenminister Frick, »so weit gefaßt« ist, daß damit »von jeder Bestimmung der Reichsverfassung abgewichen werden« kann. Es ist, mit anderen Worten, eine unbeschränkte Lizenz zur Diktatur. Reichstag und Reichsrat sowie der Reichspräsident sind für die Dauer der Gültigkeit dieses Gesetzes faktisch entmachtet.

Als würde das Ergebnis von Anfang an feststehen, ist der große Saal der Kroll-Oper im Tiergarten, in der sich die Abgeordneten nach dem Brand im Reichstag versammeln, an der Stirnseite mit einem gewaltigen Hakenkreuz dekoriert, das den Eindruck erweckt, es handle sich hier bereits um ein nationalsozialistisches Parlament. Das Ermächtigungsgesetz würde eine Änderung der Weimarer Verfassung bedeuten und bedurfte deshalb einer Zweidrittelmehrheit. Doch Hitler hat an einem für ihn günstigen Ausgang der Abstimmung nie gezweifelt. Nur die Sozialdemokraten würden tat-

### Bau der Reichsautobahnen

Ein Viertel des heute in der Bundesrepublik bestehenden Autobahnnetzes entstand im Deutschen Reich zwischen 1935 und 1939.

	1934	1935	1936	1937	1938	1939	2004
Strecken in Betrieb in km	0	112	1085	2020	3065	3171	12044
Netz 2004 in Prozent			9%	17%	25%	26%	100%
Strecken im Bau in km	1191	1808	1590	1458	1490	2193	
Tankstellen				48	86	114	

### Strecken (über 100 km) im Jahr 1939

	in km
Berlin – Leipzig – Nürnberg – München	523
Göttingen – Kassel – Frankfurt a. M. – Karlsruhe – Pforzheim	389
Herford – Essen – Köln – Ittenbach	269
Pforzheim – Stuttgart – Ulm – München	239
Forst – Liegnitz – Breslau – Brieg	231
Okrilla – Dresden – Chemnitz – Weimar	210
Berlin – Stettin	141
Hamburg – Bremen – Burgdamm	125
München – Salzburg	125
Berliner Ring einschl. Brandenburger Dreieck bis Werder	118

Quelle: Statistisches Jahrbuch Deutsches Reich

sächlich gegen das Ermächtigungsgesetz stimmen. Hätte Hitler, wie von Hugenberg vorgeschlagen, die KPD vor den Wahlen verboten, wären viele kommunistische Stimmen wahrscheinlich der SPD zugute gekommen. Doch so fallen die Stimmen der 81 kommunistischen Abgeordneten einfach weg. Reichspräsident Hermann Göring hatte sie nicht eingeladen, und die meisten hätten ohnehin nicht erscheinen können, weil sie bereits in »Schutzhaft« genommen worden waren. Auch 26 Sozialdemokraten waren am Erscheinen gehindert worden. 107 sichere Gegenstimmen waren durch solche Willkürmaßnahmen bereits neutralisiert, bevor der Reichstag zusammentrat.

Daß sie bei einem für sie ungünstigen Verlauf nicht nur gegen Sozialdemokraten, sondern auch gegen andere mit Gewalt vorgehen würden, daran haben die Nazis keine Zweifel aufkommen lassen. Während das Parlament tagt, ist die Kroll-Oper von SS-Einheiten umstellt. Grölende SA-Trupps empfangen die Abgeordneten mit Rufen wie »Zentrumsschwein« oder »Marxistensau«, und im Innern hat sich SA drohend entlang der Wände postiert und skandiert: »Wir fordern das Ermächtigungsgesetz –



sonst gibt's Zunder.« Hitler selbst ist im Braunhemd erschienen. Im Parlament regiert die Straße. Auf dem Weg zur Kroll-Oper war kurz vor der Sitzung Carl Severing, der ehemalige sozialdemokratische Innenminister Preußens, verhaftet worden. Otto Wels, der SPD-Parteivorsitzende, ist der einzige unter den Rednern, der sich von dieser Drohkulisse nicht einschüchtern läßt.

»Wir deutschen Sozialdemokraten bekennen uns in dieser historischen Stunde feierlich zu den Grundsätzen der Menschlichkeit und Gerechtigkeit, der Freiheit und des Sozialismus«, sagt er, wohl wissend, daß dies vermutlich seine Abschiedsrede sein wird: »Kein Ermächtigungsgesetz kann Ihnen die Macht geben, Ideen zu zerstören, die ewig und unzerstörbar sind.« Gewalt und Unrecht, so Wels, könnten niemals eine Volksgemeinschaft begründen.

Prälat Kaas dagegen, der Führer des Zentrums, der zweiten großen Weimarer Partei, hat sich einwickeln lassen. Ohnehin in seiner Entscheidungsfreiheit beeinträchtigt durch die laufenden Verhandlungen der deutschen Regierung mit dem Vatikan über ein Konkordat, das Geistlichen in Zukunft die politische Betätigung untersagen sollte, ist er auf großspurige Zusagen

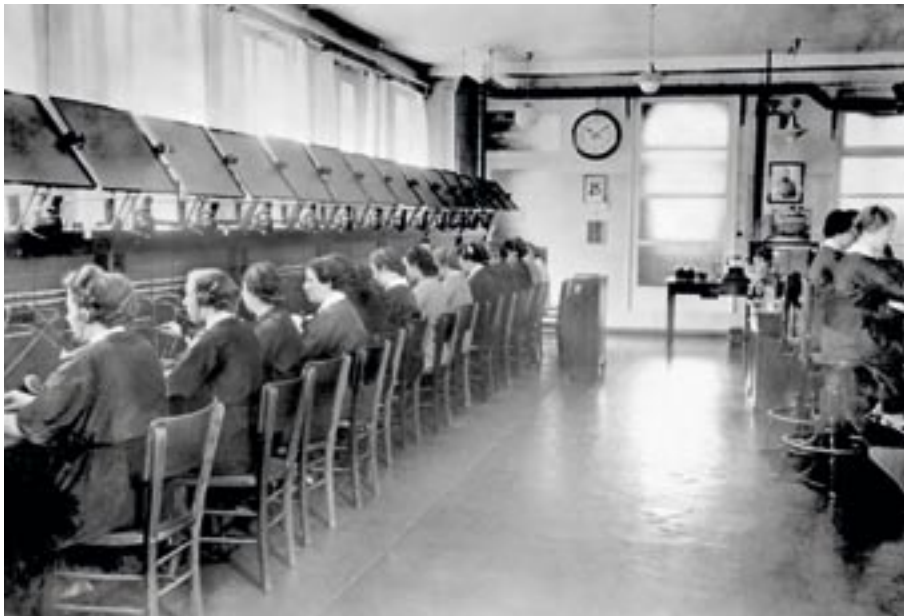
Schlageter-Gedenken auf dem Alten Markt in Vechta, 1933. Albert Leo Schlageter ist einer der Märtyrer der NSDAP. Das Freikorps- und NSDAP-Mitglied wird 1923 von den Franzosen wegen eines Sabotageaktes gegen die Ruhrbesetzung in Düsseldorf hingerichtet.

Hitlers hereingefallen, die nie eingehalten wurden. Hitler hatte Kaas einen Brief zugesagt, in dem er sich schriftlich verpflichten wollte, auch in Zukunft das Vetorecht des Reichspräsidenten zu respektieren. Es gab diesen Brief nie, doch Kaas entschließt sich trotzdem zur Zustimmung, obwohl Heinrich Brüning sich hellsichtig und mit mehr als deutlichen Worten gegen jede weitere Nachgiebigkeit wendet. Schließlich jedoch siegt Kaas mit dem Verweis auf die Fraktionsdisziplin. Zugestimmt haben auch die fünf Abgeordneten der 1930 aus der DDP hervorgegangenen Deutschen Staatspartei, unter ihnen der spätere Bundespräsident Theodor Heuss.

Mit 444 Stimmen der Regierungskoalition aus NSDAP und DNVP sowie von Zentrum, Bayerischer Volkspartei und Deutscher Staatspartei wird das Gesetz, das eine uneingeschränkte Diktatur legalisieren soll, in namentlicher Abstimmung angenommen. Der Selbstmord des Parlaments wird von

den Naziabgeordneten und versammelter SA mit frenetischem Jubel begrüßt. »Jetzt sind wir auch verfassungsmäßig die Herren des Reichs«, kommentiert ein zufriedener Goebbels den Vorgang. »Der Tag des Dritten Reichs ist gekommen«, triumphiert der *Völkische Beobachter*. »Das parlamentarische System kapituliert vor dem neuen Deutschland.« Der Weg in die Einparteiendiktatur ist frei.

Fernsprechvermittlung der Deutschen Reichspost durch die »Fräuleins vom Amt« 1933 in Worms. Die Zahl der Telefonanschlüsse liegt zu dieser Zeit im Deutschen Reich bei unter 3 Millionen. In sieben Jahren, im Juli 1940, werden den Juden in Deutschland die Telefonanschlüsse entzogen werden.



## Das gleichgeschaltete Reich

»So wie die Zusammenschmiedung des Volkes fortschreitet, so schreitet auch die Konzentration unserer Willenskraft fort«, betont Goebbels Anfang April 1933 noch einmal die funktionale Zielsetzung der nationalsozialistischen Innenpolitik. »Am Ende dieses Prozesses steht ein einiges Volk im einigen Reich.« In einem Jahr, so prophezeit er, »wird ganz Deutschland in unserer Hand sein«. Parallel zur Verabschiedung des Ermächtigungsgesetzes haben die Nazis einen Prozeß eingeleitet, der unter dem Namen »Gleichschaltung« bekanntgeworden ist. Als erstes bringen sie die Länder unter ihre Kontrolle und lösen damit das älteste Merkmal deutscher Staatlichkeit, die Föderalstruktur, auf.

Als erstes »Land« wird Preußen zerschlagen. Seit dem »Preußenschlag« vom 20. Juli 1932 fungierte im größten und bevölkerungsreichsten Land des Deutschen Reichs, bis dahin eine Hochburg der Weimarer Koalition, Franz von Papen als Reichskommissar. Hier wird durch die Notverordnung »Zur Herstellung geordneter Regierungsverhältnisse in Preußen« bereits wenige Tage nach dem Amtsantritt der Regierung Hitler der Landtag aufgelöst und die Verfügungsgewalt über Polizei und Verwaltung

6. März 1933: Die Stadtverordnetenversammlung im Rathaus von Münster tagt am Tag nach der Reichstagswahl bereits unter der Hakenkreuzfahne. Links die uniformierten Mitglieder der NSDAP-Fraktion, in der Mitte die drei SPD-Stadtverordneten und rechts die Fraktion des Zentrums.





Wanderer im südlichen Westfalen, Mitte der dreißiger Jahre. Im streng katholischen Sauerland haben es die Nationalsozialisten schwerer, Fuß zu fassen, als in den protestantischen Landesteilen, die immer schon stärker nationalistisch ausgerichtet waren.

dem kommissarischen preußischen Innenminister Hermann Göring unterstellt. Im Laufe des Jahres 1933 wird das gesamte Regierungsgefüge auch der anderen Länder systematisch demontiert, und überall anstelle der amtierenden Regierungen nach dem Vorbild des »Preußenschlags« ein Reichskommissar eingesetzt.

Oft beginnt die »Gleichschaltung« damit, daß Nationalsozialisten nach dem Vorbild des preußischen Modells gezielt Unruhen provozieren und Verwaltungsgebäude oder Rathäuser besetzen. Angeblich um die öffentliche Sicherheit und Ordnung wiederherstellen zu können, und unter Berufung auf die Bestimmungen der Reichstagsbrandverordnung werden dann die Länder der Reihe nach durch Regierungserlaß der Hoheit des Reichs unterstellt.

Hamburg trifft es bereits am Abend der Reichstagswahl vom 5. März 1933. Einen Tag später folgen Lübeck, Bremen und Hessen, am 8. März Württemberg, Baden, Sachsen und Schaumburg-Lippe und zuletzt Bayern, wo sich heftiger Widerstand regte. Ministerpräsident Heinrich Held in München muß jedoch die Erfahrung machen, daß selbst in dieser wichtigen Frage der Reichspräsident durch Notverordnungen und Ermächtigungsgesetz so machtlos geworden ist, daß Held sich gezwungen sieht, am 9. März sein Amt an den früheren Freikorpsführer Franz Ritter von Epp abzuge-

### **Das Reichskonkordat: Die »Förderung freundschaftlicher Beziehungen«**

Am 20. Juli 1933 unterzeichnen Eugenio Pacelli, der langjährige päpstliche Nuntius in Berlin, und der ehemalige Reichskanzler und Bevollmächtigte der Hitler-Regierung Franz von Papen in Rom das Reichskonkordat. In der Präambel erklären beide Seiten, sie seien vom Wunsch geleitet, ihre »freundschaftlichen Beziehungen zu festigen und zu fördern«.

International bedeutet dieser Vertrag für die Nazi-Regierung ein erheblichen Prestigegewinn, und innenpolitisch besänftigt er das Mißtrauen von Teilen der katholischen Bevölkerung gegen die von ihnen als unchristlich und kirchenfeindlich angesehenen Nationalsozialisten. Der Heilige Stuhl seinerseits hofft, auf Grundlage dieses Vertrages als Institution mit eigenen Organisationsstrukturen und Vermögen innerhalb des NS-Staates bestehen zu können. Das Konkordat erfüllt diese Hoffnungen nicht. Ende 1935 beginnen die Konflikte zwischen Teilen der katholischen Kirche und der Regierung Hitler um das Schulwesen.

Bis 1937 steigern sich die Repressionen bis zur Verfolgung katholischer Geistlicher wegen nicht deklarerter Devisentransfers aus Rom und angeblicher Sittlichkeitsverbrechen. Protestierende Hirtenbriefe bleiben erfolglos, so daß sich auf mehrfache Bitte Papst Pius XI. veranlaßt sieht, am 14. März 1937 die Enzyklika »Mit brennender Sorge« zu veröffentlichen. In ihr protestiert er gegen die Maßnahmen des Regimes und warnt vor der Ideologie des Nationalsozialismus. Zu breitem politischem Widerstand kommt es in der katholischen Kirche aber ebensowenig wie in der evangelischen. Der Widerstand gegen das Regime bleibt eine individuelle Gewissensentscheidung der jeweiligen Priester.

Das Reichskonkordat ist das einzige außenpolitische Abkommen der Nazizeit, das bis heute geltendes Recht in der Bundesrepublik ist.



Komplizierte kirchenrechtliche Verhältnisse: Der Erzbischof von Prag, Kardinal Karol Kašpar, besucht 1935 die niederschlesische Grafschaft Glatz, einen zum Deutschen Reich gehörenden Teil seiner mehrheitlich tschechischen Erzdiözese Prag.



ben, der hinfort als Reichskommissar die Weisungen seiner Berliner Zentrale exekutiert. SA-Stabschef Ernst Röhm wird Staatskommissar in München. Der Reichsführer SS Heinrich Himmler beginnt hier seine Karriere im »Dritten Reich« als von Epp eingesetzter Münchner Polizeipräsident, dem als Leiter der Politischen Abteilung der nicht einmal dreißigjährige Reinhard Heydrich zur Seite stehen soll.

Legislativer Abschluß dieser Maßnahmen ist am 31. März das »Vorläufige Gesetz zur Gleichschaltung der Länder mit dem Reich«, das sieben Tage später um ein zweites Gesetz erweitert wird. Ohne Schwierigkeiten kann nun das Ermächtigungsgesetz auch auf die Länder übertragen werden, was mit massiven Säuberungen im öffentlichen Dienst verbunden ist und zur politischen Ausschaltung aller Minister und höheren Staatsbeamten führt, die nicht der NSDAP angehören. »Länder und Kommunen sind nun in unserer Hand«, freut sich Goebbels.

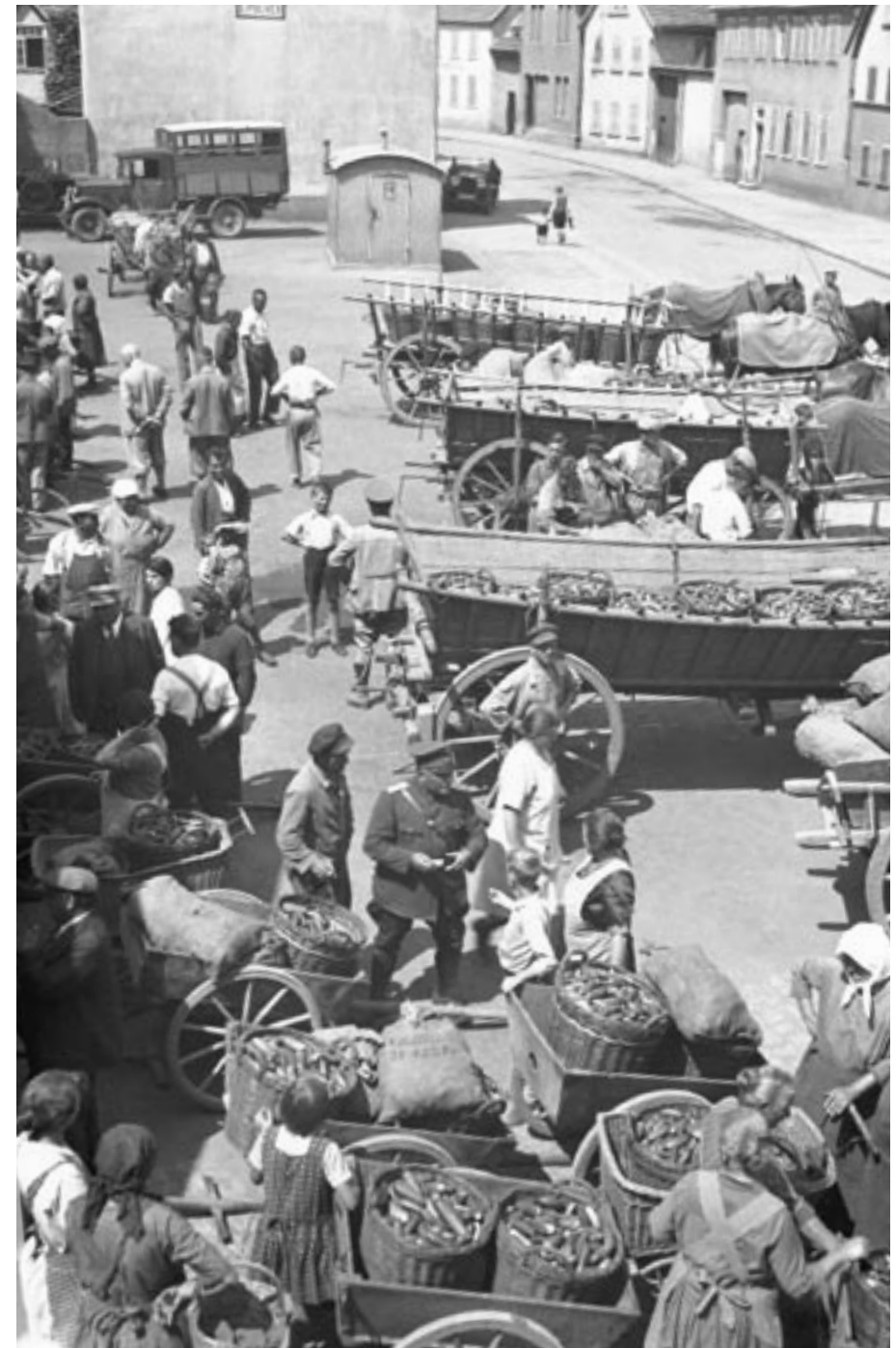
Durch das zweite Gesetz werden in den Ländern Hitler persönlich unterstellte Reichsstatthalter, meist NSDAP-Gauleiter, eingesetzt. Sie sind den Landesregierungen übergeordnet und ihnen gegenüber weisungsbehaftet. Mit dem »Gesetz über den Neuaufbau des Reiches« vom 30. Januar 1934, das auch die Länderparlamente beseitigt, fallen die Hoheitsrechte der Länder endgültig an das Reich. Der Reichsrat wird aufgelöst. Alles, was die bundesstaatliche Verfassung des Deutschen Reichs seit dem Mittelalter kennzeichnete, ist zerstört. »Die Partei ist jetzt Staat geworden«, verkündet Hitler. »Alle Macht liegt bei der Reichsregierung.«

Seit den Wahlen Anfang März herrscht in Deutschland ein Geist der Abrechnung. Die Partei feiert ihren Wahlerfolg mit einer Verhaftungswelle, SA-Horden stürmen und plündern jüdische Geschäfte und Kaufhäuser, und überall verbreitet sich der Krake der »wilden KZs«. Allein in Berlin gibt es fünfzig solche Lager, meist in Kellern oder leerstehenden Lagerräumen. 25 000 Verhaftungen hat es zwischen März und April 1933 laut Polizeistatistik gegeben, doch was sich in diesen »wilden« Lagern der SA abspielt, wird von keiner Statistik erfaßt. Juden werden von marodierenden

SA-Trupps willkürlich zusammengeschlagen, jüdische Ärzte und Rechtsanwälte an ihrer Berufsausübung gehindert, und an einigen Orten werden jüdische Geschäfte boykottiert. Das alles geschieht zu einer Zeit, wo die SA bereits als Hilfspolizei fungiert, und ruft in der ausländischen Presse eine Welle von Bestürzung und Protest hervor.

Nach allem, was bekannt ist, scheinen einige Naziführer tatsächlich geglaubt zu haben, sie

Rechte Seite: Bauern aus dem Rhein Hessischen bieten auf dem Gurkenmarkt in Horchheim Mitte der dreißiger Jahre ihre Ernte vor allem den Konservenfabriken der Region zum Kauf an. Seit 1933/34 vereint unter Reichsbauernführer Walther Darré die Organisation »Reichsnährstand« alle Personen und Verbände, die an der Erzeugung landwirtschaftlicher Produkte mitwirken.



könnten die Kritik im Ausland mundtot machen, wenn sie die deutschen Juden als Geisel nehmen. Goebbels hatte anfangs mit einem lancierten Artikel im *Sunday Express* versucht, die Stimmung gegenüber Hitlers Deutschland in England positiv zu beeinflussen. Ende März jedoch entscheidet sich der »Führer« selbst für eine große antisemitische Kampagne, mit der er der zunehmenden Kritik im Ausland das Wasser abgraben will. Hitler glaubt in seinem Wahn tatsächlich, daß sich dahinter, wie schon hinter dem »Novemberverbrechen« von 1918, ein geheimer, gegen Deutschland gerichteter jüdischer Plan verbirgt. »Wir werden gegen die Auslandshetze nur ankommen, wenn wir ihre Urheber oder doch wenigstens Nutznießer, nämlich die in Deutschland lebenden Juden, zu packen bekommen«, berichtet Goebbels über das Ergebnis einer nächtlichen Sitzung auf Hitlers Berghof am 26. März. »Wir müssen also zu einem großangelegten Boykott aller jüdischen Geschäfte in Deutschland schreiten.«

Der Kampagne »Deutsche! Wehrt Euch! Kauft nicht bei Juden!«, die am 1. April 1933 um 10 Uhr als reichsweiter Boykott jüdischer Geschäfte, Ärzte und Rechtsanwälte beginnt, ist allerdings kein großer Erfolg beschieden. Zwar hindern Angehörige von SA und SS unter Androhung von Gewalt und Repressalien Passanten am Betreten jüdischer Geschäfte, doch in Berlin sieht man sogar ordensgeschmückte Generäle demonstrativ jüdische Geschäfte betreten, um ihrem Mißfallen an den Boykottaufrufen Ausdruck zu verleihen. Der ursprünglich auf vier Tage angesetzte Boykott wird bereits am Abend des 1. April wieder abgeblasen. Um das Gesicht zu wahren, verkündet Goebbels, die ausländischen »Greuelnachrichten« über das nationalsozialistische Deutschland seien bereits nach Bekanntgabe des bevorstehenden »Judenboykotts« deutlich abgeflaut.

Doch die Aktion hatte jedem deutlich gemacht, daß die jüdische Bevölkerung in ihrer Gesamtheit von der NS-Führung nicht als Teil des deutschen Volks betrachtet wurde. Wenn auch ein großer Teil der Deutschen den Hooliganismus der SA ablehnte, war die Haltung gegenüber der Frage einer »Eindämmung« des jüdischen Einflusses jedoch weniger eindeutig. Nur eine Woche nach dem mißlungenen Boykott verabschiedet die Regierung am 7. April ein »Gesetz zur Wiederherstellung des Berufsbeamtentums«, das Beamte »nicht arischer Abstammung« in den Ruhestand versetzt und gleichzeitig die »wilden« antisemitischen Säuberungen der vorangegangenen Wochen nachträglich legalisiert.

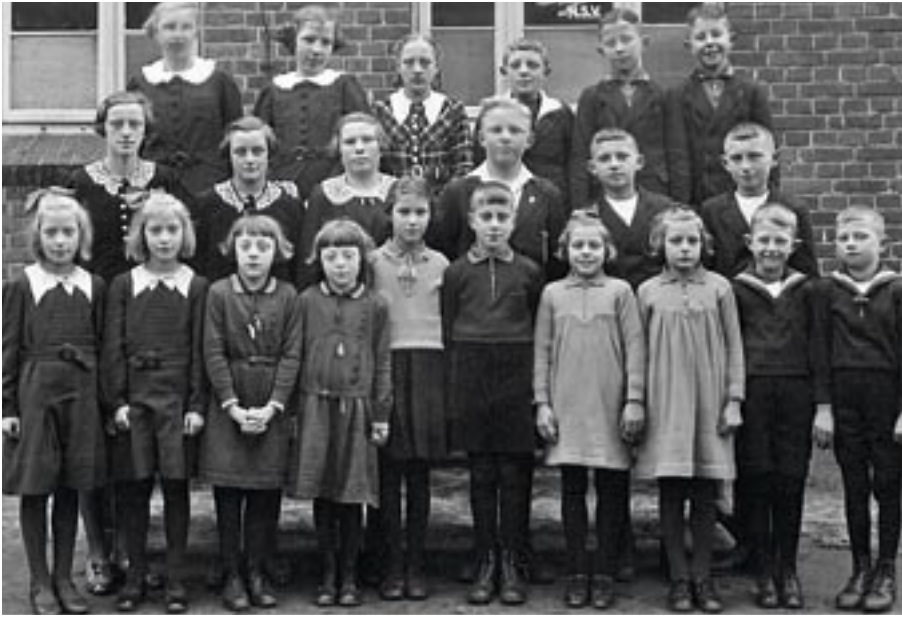
Es war das erste Mal, daß die rassistische Ideologie der Nazis Eingang in ein Reichsgesetz fand. In schneller Folge wird der »Arierparagraph« nun auch auf andere Berufsgruppen übertragen und ermöglicht den »legalen« Ausschluß von Juden nicht nur aus dem öffentlichen Dienst, sondern auch aus den freien Berufen sowie aus Universitäten und Schulen. Mit der

Verabschiedung des »Erbhofgesetzes« vom 29. September 1933 ist selbst der Besitz eines vererbbaaren Bauernhofs an die »arische« Abstammung des Erben gebunden. Als Folge dieser ersten großen antisemitischen Welle des Regimes haben bis zum April 1934 rund 37 000 Juden Deutschland verlassen, ohne daß dies zu einem nennenswerten Protest oder Mißfallenskundgebungen in der Bevölkerung geführt hat.

War der Boykott, lernt Hitler aus diesen Vorgängen, für den innenpolitischen Prozeß der »Gleichschaltung« eher abträglich, so sind es diese gesetzlichen Maßnahmen nicht. Mit ihnen »lernen« die Deutschen im Gegenteil, die Juden im Sinne des Regimes als eine Bevölkerungsgruppe wahrzunehmen, derer man sich erwehren muß. Schon am 24. Mai weiß selbst der Landesverband der Kleingartenvereine Hannovers, daß Gartenfreunde »nicht-arischer Abstammung« nun nicht mehr für den Vorstand kandidieren dürfen. »Gartenfreunde!« heißt es in einem Aufruf. »Auch im deutschen Kleingartenwesen soll nunmehr dem Willen der Regierung gemäß die wahre Volksgemeinschaft entstehen.« Bereits am 2. Mai waren die Freien Gewerkschaften aufgelöst worden, nachdem die Nazis am Tag zuvor den 1. Mai mit Pomp reichsweit als nationalen »Tag der Arbeit« gefeiert hatten. »Das ganze Volk soll sich vereinen in *einem* Willen und *einer* Bereit-

Essen, SA als Hilfspolizei. Im Westviertel in der Schwanenkampstraße müssen Juden im August 1933 mit Fingernägeln einen Sowjetstern von einer Mauer kratzen.





Elf Zwillingspaare besuchen Mitte der dreißiger Jahre eine einklassige Dorfschule in der Bauernschaft Elsten, Gemeinde Cappel, Kreis Cloppenburg. In der Mitte hat der Lehrer die zweieiigen Zwillinge aufgestellt. In den ländlichen Regionen Deutschlands sind einklassiger Schulen seit Einführung der Schulpflicht bis in die sechziger Jahre des 20. Jahrhunderts üblich.

Berlin eingeflogen, um auch auf diesem Gebiet die Volksgemeinschaft und die Einheit des Reichs zu demonstrieren.

Die Gewerkschaften sollen, trotz der Anbiederungsversuche des ADGB-Vorsitzenden Theodor Leipart, der sich vor diesem 1. Mai sogar offen von der SPD distanziert, nicht dazugehören. Leipart hatte sogar angeordnet, die Gewerkschaftshäuser am »Tag der nationalen Arbeit« schwarz-weiß-rot zu beflaggen. Dennoch wird er am 2. Mai, nachdem SA und SS im ganzen Reich die Gewerkschaftshäuser besetzt hatten, gemeinsam mit anderen Gewerkschaftsführern in »Schutzhaft« genommen. »Die Teufelslehre des Juden Mardochai soll elendiglich auf dem Schlachtfeld der nationalsozialistischen Revolution krepieren«, kommentiert der spätere Führer der gleichgeschalteten Deutschen Arbeitsfront, Robert Ley, die gewaltsame

schaft«, hatte Goebbels das gigantomanische Ereignis angekündigt, das an diesem Tag, mitgestaltet durch den jungen Architekten Albert Speer, in einer zentralen Veranstaltung auf dem Tempelhofer Feld in Berlin seinen Höhepunkt finden sollte. »Im ersten Jahre unserer Regierung«, so Goebbels, »wird der Arbeit die Ehre und dem Arbeitertum seine Geltung zurückgegeben.« Aus dem ganzen Reich werden Arbeiterdelegationen mit dem Flugzeug nach

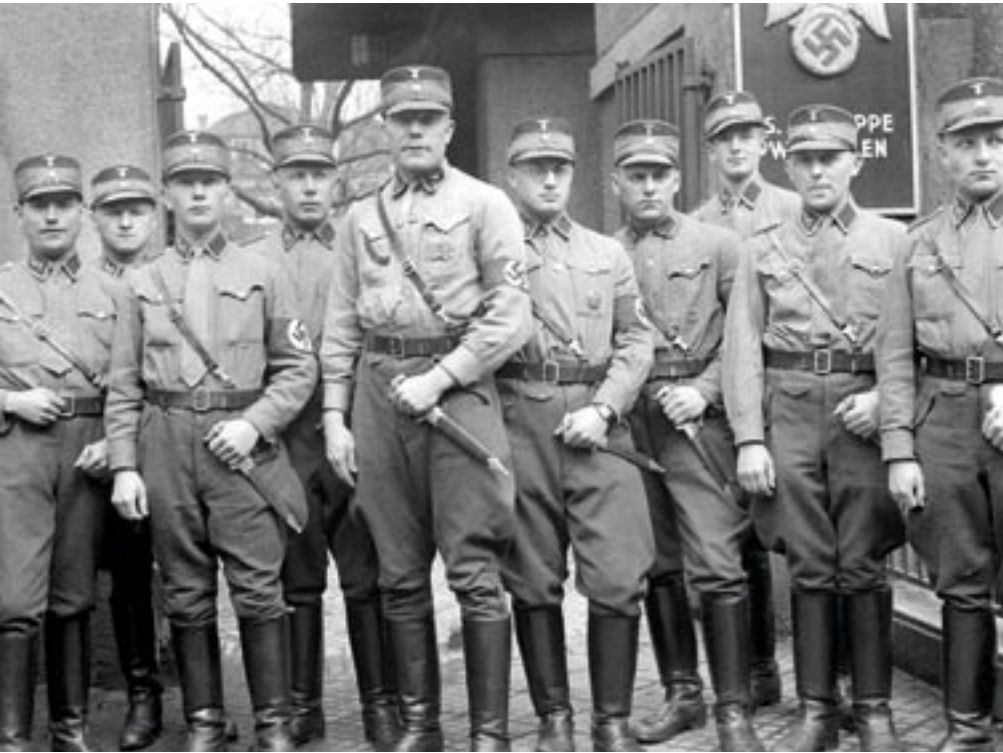


Zerschlagung der ehemals Freien Gewerkschaften. Mit dem »Juden Mardochai« meinte er den Marxismus.

Auch die sozialdemokratische Partei überlebt den »Tag der nationalen Arbeit« nicht lange. Unsicher darüber, wie man sich unter den neuen Bedingungen verhalten sollte, hatten viele Genossen sich an die Zeiten des Sozialistengesetzes unter Bismarck erinnert und sich wie damals auf ein Überwintern im halblegalen Schatten eingerichtet. Doch die Partei gerät unter Druck durch Massenausstritte von Mitgliedern, die sich aus unterschiedlichen, meist privaten Gründen mit dem neuen Regime nicht dauerhaft anlegen wollen. Sie wußten vielleicht besser als mancher in der Parteiführung, daß Hitler nicht Bismarck war. Einige Mitglieder der Führung waren nach Prag emigriert, während andere unter der Führung von Paul Löbe in Berlin immer noch der Illusion anhängen, durch strikte Einhaltung der Legalität dem Regime jeden Vorwand zu einem Verbot nehmen zu können.

Das ging so weit, daß in einem neugewählten sechsköpfigen Direktorium nur »arische« Mitglieder vertreten waren, selbst wenn dies nur eine hilflose Schutzmaßnahme und kein Bekenntnis zum staatsoffiziellen Antisemitismus sein sollte. Doch am 10. Mai werden auch die Parteihäuser der SPD auf Veranlassung von Hermann Göring besetzt und alle Zeitungen

Zwei-Generationen-Familie mit drei Kindern in Worms zu Beginn der dreißiger Jahre. In den 1920 geschlossenen Ehen kommen durchschnittlich 2,3 Kinder zur Welt, in den 1930 bzw. 1940 geschlossenen nur noch 2,2 bzw. 1,8 Kinder.



Das Jahr 1933 ist die große Zeit von Hitlers Parteiarmee SA, hier eine »Schar« in Pose. Nicht selten maßen sich solche Schlägertrupps das Recht auf unkontrollierte Selbstjustiz an.

und Unterlagen sowie das gesamte sozialdemokratische Vermögen beschlagnahmt. Am 22. Juni wird die SPD verboten, unverzüglich folgt eine Welle von Verhaftungen.

Am gleichen Tag ordnet Reichsinnenminister Frick ein Verbot der Deutschnationalen Kampfringe an. Stahlhelm-Führer Franz Seldte war ohnehin bereits im April in die NSDAP eingetreten, Alfred Hugenberg tritt einige Tage nach diesem Verbot von seinem Ministerposten zurück. Der Stahlhelm wird nun vollständig in die SA überführt. Die Deutsche Staatspartei löst sich am 28. Juni auf, die Deutsche Volkspartei am 4. Juli, das Zentrum einen Tag später. Ohnehin wäre die Stellung des politischen Katholizismus in Deutschland nach dem Abschluß des Reichskonkordats mit dem Vatikan auf Dauer unhaltbar geworden.

Am 14. Juli 1933 kann Hitler im Kabinett das »Gesetz gegen die Neubildung von Parteien« verkünden, durch das die NSDAP zur einzigen legal zugelassenen Partei im Deutschen Reich wird. An die Stelle der parlamentarischen Demokratie ist nun endgültig der Einparteiensstaat getreten, der sich durch das am gleichen Tag erlassene »Gesetz über Volksabstimmun-

### Leni Riefenstahl: Hitlers Regisseurin

Es ist der 20. April 1938. Die beiden Olympia-Filme »Fest der Völker« und »Fest der Schönheit«, zusammen vier Stunden lang, werden Hitler zu Ehren an seinem Geburtstag im Berliner Ufa-Palast am Zoo erstmals öffentlich vorgeführt. Die Zuschauer sind beeindruckt. Nie zuvor hat jemand den menschlichen Körper in derart wirkungsvollen Filmbildern gezeigt wie Leni Riefenstahl.

Mit dem mystisch-romantischen Bergfilm »Das blaue Licht« dreht sie 1932 ihren ersten Spielfilm und übernimmt selbst die Hauptrolle. Der erfolgreiche Film wird auf der Biennale in Venedig mit der Silbermedaille ausgezeichnet. Hitler ist begeistert und lädt die Regisseurin zum Gespräch ein. Ihre Zusammenarbeit mit dem NS-Staat beginnt.

Goebbels beauftragt Riefenstahl, die nationalsozialistischen Reichsparteitage in Nürnberg in Szene zu setzen. Sie dreht die Filme »Sieg des Glaubens« und »Triumph des Willens«, die beide durch ihre innovative Ästhetik überzeugen: Riefenstahl arbeitet mit einer bewegten Kamera, dramatischen Perspektiven, bisher unbekanntem Lichteffekten und einer souveränen Montagetechnik. Als ästhetisches Meisterwerk gilt auch ihr Olympiafilm. Riefenstahl setzt auf die idealisierte Inszenierung makelloser Körper und die Darstellung großer Menschenmassen. Damit fügt sich der Film nahtlos in die nationalsozialistische Ideologie und Ästhetik, auch wenn Leni Riefenstahl selbst direkte Aussagen dazu vermieden hat. Insgesamt steht ihr für die Produktion ein Team von fast 150 Mitarbeitern zur Verfügung.

Nach der Uraufführung ist der Film in ganz Europa erfolgreich und wird mit Preisen überhäuft. Leni Riefenstahl wird zeit ihres Lebens behaupten, sie habe »Dokumentarfilme ohne Kommentar« produziert und »niemals Propaganda«. Für sie waren ihre Filme Werke autonomer Kunst, die im Nationalsozialismus ihre günstigen Produktionsbedingungen gefunden hatten.

Nach der Uraufführung ist der Film in ganz Europa erfolgreich und wird mit Preisen überhäuft. Leni Riefenstahl wird zeit ihres Lebens behaupten, sie habe »Dokumentarfilme ohne Kommentar« produziert und »niemals Propaganda«. Für sie waren ihre Filme Werke autonomer Kunst, die im Nationalsozialismus ihre günstigen Produktionsbedingungen gefunden hatten.



Leni Riefenstahl und Adolf Hitler im August 1934 auf dem Reichsparteitagsgelände. Leni Riefenstahl, 1902 in Berlin geboren, studiert Malerei und beginnt als Tänzerin. Schon nach ihrem ersten Tanzabend engagiert Max Reinhardt sie für sein Deutsches Theater. Nach ihrer Karriere im Nationalsozialismus arbeitet sie nie wieder als Filmregisseurin, hat aber Erfolg als Fotografin. Sie stirbt nach ihrem 101. Geburtstag im September 2003 in ihrem Haus am Starnberger See.



**Theodor Lessing:  
Die Ermordung eines Philosophen**

Am 30. August 1933 fällt der Philosoph und Publizist Theodor Lessing in seinem tschechischen Exil einem Mordkomplott zum Opfer. Sein Vergehen: Er hat nach der Flucht weiter publiziert, und seine Artikel gegen die neuen Herren in Deutschland werden im europäischen Ausland mit Interesse gelesen.

Lessings Vater ist Arzt, die Mutter Tochter eines Bankiers. Zwanzigjährig tritt er 1892 mit der Aufnahme eines Medizinstudiums in die Fußstapfen des Vaters. Seinen Neigungen jedoch kommt das spätere Studium der Literatur, Philosophie und Psychologie entgegen. Schon jetzt erregt er den Unwillen der Konservativen. Eine Habilitation an der Universität Dresden wird dem Juden und Sozialisten verwehrt.

In den nächsten Jahren arbeitet Lessing als Aushilfslehrer und Vortragsredner, bis er eine Anstellung als Privatdozent für Philosophie an der Technischen Hochschule Hannover findet. Wegen seiner journalistischen Arbeiten, mit denen er für die Demokratie eintritt, zieht er sich den Haß der Rechten zu. Kollegen unter den Professoren solidarisieren sich mit den Lessing-Gegnern, im Juni 1926 drohen 1000 Studenten mit der Abwanderung nach Braunschweig.

Nach der »Machtübernahme« gewährt die Tschechoslowakei Lessing und seiner Frau politisches Asyl. Die beiden ziehen nach Marienbad, wo Lessing seine langjährige Arbeit für das Prager Tagblatt fortsetzt. Außerdem hält er Vorträge zur Lage der Juden in Deutschland.

Die NSDAP setzt ihm weiter zu. Sie verspricht eine Belohnung von 80 000 RM für die Entführung Lessings und läßt in deutschsprachigen tschechoslowakischen Zeitungen eine Hetzkampagne drucken.

Der Aufruf hat Erfolg. Zwei Attentäter verletzen Lessing schwer. Er stirbt noch am selben Tag im Marienbader Krankenhaus.

Berühmt wird Theodor Lessing 1924 durch seine meisterhafte Berichterstattung über den Prozeß gegen den Massenmörder Haarmann. Mit seiner korrekten juristischen Darstellung und richtungsweisenden psychologischen Analyse stößt er in bürgerlichen Kreisen auf Unverständnis. 1925 veröffentlicht er eine charakterologische Skizze über den damaligen Kandidaten für das Amt des Reichspräsidenten, Paul von Hindenburg, einen Hannoveraner Mitbürger Lessings, und macht sich so die nationalen Rechten zu Feinden.



gen« in Zukunft durch Akklamation und Plebiszite seine Politik bestätigen lassen will.

Die »völlige Umkehrung der innenpolitischen Verhältnisse in Deutschland«, die Hitler Anfang Februar vor den Führern der Reichswehr angekündigt hatte und die mit den Gleichschaltungsmaßnahmen beginnt, betrifft sämtliche Bereiche des gesellschaftlichen Lebens. Gleichgeschaltet werden nicht nur die Gewerkschaften, sondern auch die Mittelstandsverbände, die landwirtschaftlichen Verbände, die Institutionen, Universitäten und Organisationen, die Vereine bis zum Radsportverein und in gewissem Umfang sogar Wirtschaft und Industrie. Gleichgeschaltet werden vor allem auch die Kultur und die Medien.

Die Ernennung von Joseph Goebbels zum Reichspropagandaminister zeigt deutlich, welche Bedeutung das Regime der Absicht beigemessen hat, in Zukunft auch die Köpfe zu beherrschen. In einigen Intellektuellen haben die Nazis dabei, obwohl manchmal nur für eine gewisse Zeit, tatkräftige Mitstreiter gefunden. Der Dichter Gottfried Benn beispielsweise begrüßt den Machtwechsel vom Januar 1933 als »geschichtlich logischen Sieg der nationalen Idee« und als eine »neue Vision von der Geburt des Menschen«. Auch der Freiburger Philosoph Martin Heidegger macht sich

Worms: Der NSDAP-Ortsgruppenleiter in seinem Büro. Die größte organisatorische Einheit der NSDAP unterhalb der Gaue ist der Kreis. Die Kreise gliedern sich in Ortsgruppen, diese in Zellen und die Zellen in Blocks. Eine Zelle umfaßt vier bis acht Blocks, ein Block etwa 40 bis 60 Haushalte. Ziel der straffen und lokalen Untergliederung der Partei ist eine möglichst vollständige Erfassung und Kontrolle der Bevölkerung.

Gedanken über die »innere Wahrheit und Größe des Nationalsozialismus« und behauptet bei seiner Rektoratsrede im Frühjahr 1933, Hitler sei von der Vorsehung auserwählt und von allen Wesenskräften der deutschen Seele in seiner Mission bestätigt worden. Der Jurist und Rechtsphilosoph Carl Schmitt sieht in Hitlers Machtergreifung gar eine »Überlegenheit des Existentiellen über das bloß Normative« am Werk.

Am 10. Mai 1933 fällt eine ganze Traditionslinie deutscher Kultur diesem »Existentiellen« zum Opfer. Alfred Rosenbergs Kampfbund für deutsche Kultur hatte schon seit der »Machtergreifung« damit begonnen, Akademien, Museen, Universitäten und Bibliotheken zu »säubern«. Heinrich und Thomas Mann, Alfred Döblin, Ricarda Huch, Franz Werfel, Georg Kaiser, Bernhard Kellermann, Jakob Wassermann und andere waren aus der Preußischen Akademie der Künste ausgetreten beziehungsweise ausgeschlossen worden. Seit April zirkulieren schwarze Listen. Doch die Bücherverbrennung am 10. Mai ist durch ihre Mischung von mittelalterlicher Inquisitionsatmosphäre und moderner Werbeinszenierung die öffentlich wirksamste Aktion.

Auf dem Berliner Opernplatz und in vielen anderen deutschen Universitätsstädten wird am Abend dieses Tags »undeutsches Schrifttum« ins Feuer geworfen, darunter Bücher von Karl Marx, Heinrich Heine, Sigmund Freud, Thomas Mann, Heinrich Mann, Erich Maria Remarque, Bertolt Brecht, Erich Kästner, Kurt Tucholsky, Carl von Ossietzky und Alfred Kerr. Alle diese »Schmutz- und Schundbücher«, so Goebbels, werden mit dem magischen Spruch »ich übergebe der Flamme...« wie bei einer rituellen Hexenverbrennung ins Feuer geworfen. Auch das Denken soll gleichgeschaltet werden.

Bücher, vornehmlich solche, die zum »Schund« der Aufklärung gehören und die deshalb auf der schwarzen Liste stehen, sind nicht mehr erhältlich und aus den Bibliotheken verbannt. Für die Presse setzt das Propagandaministerium in Zukunft gültige Sprachregelungen durch, von denen auch Medien betroffen sind, die sich nicht im direkten Besitz der Partei befinden. Sie müssen auf die Gefahr wirtschaftlichen Drucks oder Verbots in allen Nachrichten- und Kommentarteilen übernommen werden. Im August macht sich Goebbels während der Berliner Funkausstellung Gedanken über die propagandistische Verwendbarkeit des Radios und des Fernsehens, dem er eine »große Zukunft« prophezeit, nachdem er sich eine Modellvorführung angesehen hatte. »Der totale Staat läßt nicht mehr lange auf sich warten«, frohlockt er in diesen Tagen.

Am 30. Juni 1934 holt Hitler zu dem entscheidenden Schlag aus, der ihm in Zukunft die Rahmenbedingungen sichern soll, den innenpolitischen Gleichschaltungskurs mit seinen Kriegsvorbereitungsplänen zu verbind-



den. Dazu benötigt er einen »historischen Kompromiß« seiner totalitären Bewegung mit der Reichswehr, die zunehmend von den Aspirationen der SA unter ihrem Stabschef Ernst Röhm beunruhigt ist. »Ich bin der Scharnhorst der neuen Armee«, verkündet Röhm, der aus seiner SA gern ein revolutionäres Massenheer machen möchte, für das die Reichswehr auf die Funktion einer großen militärischen Ausbildungseinheit zurechtgestutzt sollte. Nicht nur die Reichswehr, sondern auch Hitler ist von solchen Ideen zutiefst beunruhigt. Für seine weitreichenden Expansionspläne benötigt er erfahrene und professionelle Militärs und keine nationalrevolutionären Milizen, die zudem immer häufiger von Hitler eine »zweite Revolution« zur Stärkung der Macht der SA fordern.

Als Hitler im Frühjahr 1934 den Entschluß faßt, Röhm auszuschalten, wird er dabei nicht nur von der Reichswehr unterstützt. Sie hat ihm schon rechtzeitig ihr Entgegenkommen signalisiert, indem Reichswehrminister Blomberg den »Arierparagraphen« umgehend für das Offizierskorps über-

Festwagen des Buchdruckgewerbes im Umzug zur 900-Jahr-Feier der Stadt Zwickau, 1935. Nach 1933 entsteht mit der Franz Eher Nachfolger GmbH, dem zentralen Parteiverlag der NSDAP, ein neuer Pressekonzern in Deutschland. Im Laufe der dreißiger Jahre kauft der Verlag einige Unternehmensteile des Hugenberg-Konzerns und kleinere bürgerliche Verlage auf, die in der Herold-Verlagsanstalt GmbH zusammengefaßt werden.

### **Bernd Rosemeyer: Der schnellste Fahrer der Welt**

Die Deutschen begeistern sich für den Fußball, das Boxen – und den Rennsport. Zum größten Idol der Zeit wird der 1909 in Lingen (Ems) geborene Bernd Rosemeyer, der seine kurze und überaus erfolgreiche Karriere auf Motorrädern von NSU und DKW beginnt. 1935 steigt er auf den Grand-Prix-Wagen der Auto-Union um und feiert schon ein halbes Jahr später auf dem Masaryk-Ring bei Brünn seinen ersten Sieg. Während seiner zweiten Rennsaison erfüllt sich ihm auch ein privater Traum. Am 13. Juli 1936 heiratet er die berühmte Fliegerin Elly Beinhorn.

Selten ist ein Rennfahrer so schnell an die Spitze gefahren. Ende 1936 ist Rosemeyer sowohl Europameister als auch deutscher Straßen- und Bergmeister. Die nächste Saison verläuft nicht weniger erfolgreich. Er gewinnt das Eifelrennen am Nürburgring und stellt mit einer Geschwindigkeit von 397 km/h seinen ersten Weltrekord auf.

Zur letzten Fahrt tritt Rosemeyer zehn Wochen nach der Geburt seines Sohnes Bernd an. Der 28. Januar 1938 ist unfreundlich kalt, als kurz nach 8 Uhr Rudolf Caracciola den bestehenden Geschwindigkeitsrekord mit 432,7 km/h überbietet. Rosemeyer nimmt die Herausforderung an. Gegen Mittag fährt er die Strecke auf der Autobahn Frankfurt–Darmstadt ab, startet zu einer Aufwärmrunde und erreicht bereits auf der Rückfahrt 429,9 km/h. Dann startet er zu seiner tödlichen Rekordfahrt, auf der ihn bei Tempo 440 km/h nahe Mörfelden ein Seitenwind erfaßt. Der Wagen überschlägt sich. Sekunden später liegt der äußerlich unverletzte Rennfahrer mit gebrochenem Genick neben den Trümmern seines Boliden.

nahm und das Hakenkreuz zum offiziellen Wehrmachtselement erhob. General Reichenau Abwehramt arbeitet nun an einem Dossier über Röhm in enger Kooperation mit dem parteiinternen Sicherheitsdienst SD, während Blomberg die Münchner Kaserne des Regiments List in »Adolf-Hitler-Kaserne« umbenennen läßt.

Die entscheidende Rolle bei der Jagd auf die SA-Führer um Röhm hat jedoch Heinrich Himmler gespielt, der darin eine einzigartige Chance witterte, sich und seine SS gegen Röhm und die SA zu profilieren. Auch Franz von Papen zündelt an der SA-Krise, in der aberwitzigen Hoffnung, dadurch doch noch mittels der Ausrufung des militärischen Notstands durch Hindenburg die Militärdiktatur zu errichten, woran er ein Jahr zuvor durch Hitler und Schleicher gehindert worden war.

Doch die Reichswehr denkt nicht im Traum an einen Papen-Putsch. Vielmehr weist ihr Führungskorps Ende Juni die zuständigen Stellen an,



der SS Waffen und Fahrzeuge auszuhändigen, und schließt Ernst Röhm demonstrativ aus dem Deutschen Offiziersbund aus. Hitler persönlich leitet die »Nacht der langen Messer« am 30. Juni. Wie in alten »Kampftagen« stürmt der Kanzler des Deutschen Reichs in Gangstermanier frühmorgens in Bad Wiessee das Schlafzimmer seines einzigen Duzfreundes Röhm mit den Worten: »Röhm, du bist verhaftet!« Weder gehört Hitler der Polizei an, noch gibt es für diesen Überfall auch nur den Anschein einer Rechtsgrundlage. Es ist wie in einem Bandenkrieg zwischen zwei rivalisierenden Paten. Der Stabschef der SA wird am nächsten Tag in Stadelheim ohne irgendein Verfahren standrechtlich erschossen. Über neunzig Tote fordert die Mordaktion, davon 50 SA-Angehörige. Der Rest sind alte Gegner, mit denen die Nazis bei dieser Gelegenheit gleich mit aufräumen, unter ihnen Kurt von Schleicher, der ehemalige NSDAP-Organisationsleiter Gregor Strasser und Franz von Papens rechte Hand Edgar Jung.

Ausbildung von Schneiderlehrlingen in Worms, Mitte der dreißiger Jahre. Ihnen steht nach Abschluß der Lehre ein sechsmonatiger Reichsarbeitsdienst und in der Regel daran anschließend ein ab August 1936 zweijähriger Wehrdienst bevor. Einberufen wird im Herbst 1935 zunächst der Jahrgang 1914. Wer 1936 seine Lehre abschließt, wird die Uniform bis 1945 nicht wieder ausziehen – sollte er den Krieg überleben und nicht noch Jahre in Kriegsgefangenschaft verbringen.

Die Morde vom Juni 1934 stifteten eine Art Komplizenschaft zwischen Hitler und der Reichswehr. Als Blomberg am 1. Juli seinen Tagesbefehl ausgibt, lobt er darin den »Führer« für den »soldatischen Entschluß und beispielhaften Mut«, mit dem er gegen die »Meuterer und Verräter« vorgegangen sei, worunter Blomberg offensichtlich auch Reichswehrgeneräle wie Schleicher oder konservative Parteigänger Papens wie Edgar Jung zählt. Daß Blomberg nichts mehr dabei findet, die Armee nach dem Tod Hindenburgs und der Ernennung Hitlers zum »Führer und Reichskanzler« zwei Monate später einen neuen Treueeid auf Adolf Hitler, den »Oberbefehlshaber der Wehrmacht«, schwören zu lassen, ist unter anderem eine Konsequenz der frühen Komplizenschaft bei diesen Kapitalverbrechen.

Hitler hat die Weimarer Verfassung außer Kraft gesetzt, aber er hat dem »Dritten Reich« nie eine neue Verfassung gegeben. Das Reich Hitlers war von Anfang an verfassungslos und sollte es bis zu seinem Ende bleiben. Seit er mit dem Tod Hindenburgs auch das Amt des Reichspräsidenten abgeschafft und sich selbst zum »Führer und Reichskanzler« ernannt hatte, liegt alle Macht in den Händen der von ihm geführten Reichsregierung. Sie ist Exekutive, Legislative und Konstituante zugleich, wie der Historiker Eberhard Jäckel bemerkt. Es gibt seit den Bestimmungen über die Reichsstatthalter keinen Reichsrat mehr. Zwar wird der Reichstag gelegentlich noch zu Akklamationszwecken einberufen, doch in ihm gibt es nur noch eine einzige Partei. Kabinettsitzungen werden immer seltener.

Die letzte Kabinettsitzung, in der Gesetze beraten werden, findet am 9. Dezember 1937 statt, die letzte Ministerbesprechung am 5. Februar 1938. »Damit war der Staat auch regierungslos. Es wurde nicht einmal ein Ersatz geschaffen, wie er in den meisten anderen Diktaturen des Jahrhunderts bestand«, so Jäckel. »Es ist das eigentliche und wohl einzigartige Merkmal des Hitlerschen Führerstaats, daß es in ihm keine Beschlußorgane gab und keine Beratungen in dafür vorgesehenen Gremien.« Nicht einmal so etwas wie der »Große Faschistische Rat« in Mussolinis Italien bildet ein Gegengewicht zur Macht des »Führers«, der sich mit einem Erlaß vom 17. August 1938 sogar eine persönliche Armee geschaffen hat. »Die SS-Verfügungstruppe ist weder ein Teil der Wehrmacht noch der Polizei«, heißt es da. »Sie ist eine stehende bewaffnete Truppe zu meiner ausschließlichen Verfügung.«

Als Heinrich Himmler am 6. Januar 1929 zum Reichsführer der Schutzstaffel berufen wurde, war die SS eine kleine Truppe von 280 Mann. Sie war der SA unterstellt und hatte seit ihrer Gründung 1925 den persönlichen Schutz Adolf Hitlers übernommen. Diese Nähe zum »Führer« wird sie nie verlieren. Sie ist die Bedingung ihres beispiellosen Aufstiegs, besonders nachdem sie durch die Rolle, die sie bei der Ermordung Ernst



Röhms und eines Teils der SA-Führung 1934 spielte, noch einmal ihre bedingungslose Treue zu Hitler demonstriert hatte. Die SS wird die nationalsozialistische Weltanschauungsorganisation schlechthin und das verlässlichste Instrument der Führergewalt werden.

Zielstrebig hatte Himmler die SS seit 1929 zu einer ordensähnlichen Eliteformation ausgebaut, die Ende 1932 über rund 52 000, ein Jahr später bereits über mehr als 200 000 Angehörige verfügte. Sie alle sollten nach dem Willen von Himmler »gutes Blut« haben und einen »Rassekern« verkörpern, wie er dem Weltbild des »Führers« entsprach. »Das Volk im heutigen politischen Sinn«, meinte Hitler Anfang der dreißiger Jahre zu seinem Wirtschaftsexperten Otto Wagener, sei »keine rassische Einheit, keine reinrassische Gemeinschaft mehr«. Zu sehr seien durch Völkerwanderung, Kriege und Handelsbeziehungen auch in Deutschland »Rassekreuzungen« entstanden, gegen die sich die verbleibenden »Rassekerne« nur schwer behaupten könnten.

Diese aber, so Hitlers und Himmlers verstiegene Idee, gelte es im Volk aufzusuchen, um daraus eine rassische Avantgarde zu schmieden, »sol-

Hermann Göring landet auf Sylt, 1934. In den dreißiger Jahren ist die Insel unter prominenten Nationalsozialisten beliebt. Göring besitzt ein eigenes Haus in Wenningstedt. 1934 wird er per Gesetz zu Hitlers Nachfolger im Falle von dessen Tod bestimmt.





Heinrich Himmler um 1928 in seinem ersten Automobil, einem Dixi. Nach dem Studium der Landwirtschaft in München von 1918 bis 1922 ist er zu dieser Zeit als Geflügelzüchter tätig. Im nächsten Jahr, am 6. Januar 1929, wird Himmler zum Reichsführer der noch kleinen Schutzstaffel (SS) ernannt.

ginnt er in München ein Landwirtschaftsstudium. Er tritt in die schlagende Studentenverbindung »Apollo« ein, läßt sich jedoch wegen seines empfindlichen Magens vom Zwang zum Biertrinken befreien.

Sein Vater hat ihn schon früh zum Tagebuchschreiben angehalten. Am 23. November 1921 notiert Heinrich: »Heute habe ich mir aus der Zeitung einen Artikel über Auswanderung ... herausgeschnitten. In zwei Jahren bin ich nicht mehr in Deutschland, so Gott will, außer es ist wieder Kampf, Krieg und ich bin Soldat.«

So weit ist es 1923 noch nicht. Aber da hat Heinrich Himmler schon Hitler kennengelernt. Beim Putsch im November 1923 ist er als Fahnenträger an der Besetzung des bayerischen Kriegsministeriums beteiligt. Die Karriere eines künftigen Massenmörders kommt langsam in Fahrt.

### **Heinrich Himmler: Lehrjahre eines Massenmörders**

Am 8. Oktober 1900 zeigt Gebhard Himmler, Lehrer am Wilhelmsgymnasium in München, die Geburt seines zweiten Sohnes an: »Ich gestatte mir die untertänigste Mitteilung, daß Herr Stadtpfarrer die Taufe unseres kleinen Heinrich vornehmen wird.« Weil der Zweijährige 1903 an Tuberkulose erkrankt, hält sich Anna Maria Himmler mit ihren Söhnen sechs Monate in dem Dorf Wolfegg bei Lindau auf. Drei Jahre später wird der kleine Heinrich in der Münchner Domschule eingeschrieben. Während des ersten Schuljahres ist er wiederholt krank und muß den Unterrichtsstoff mit Hilfe eines Privatlehrers nacharbeiten. Seine Lehrer bezeichnen Himmler als ein »sanftes Lamm«. Er ist ein Schüler, der durch Fleiß, Tatkraft und Gewissenhaftigkeit besticht.

Der Vater unterstützt den Wunsch des Sohnes nach einer Offizierslaufbahn. Die Ausbildung kann er jedoch als Brillenträger nicht abschließen, und als ihm der Beitritt zur Reichswehr verwehrt wird, be-

datisch und unbedingt gegenrevolutionär« sowie zur bedingungslosen persönlichen Verfügung des »Führers«. Strenge »rassebiologische« und weltanschauliche Auswahlkriterien bestimmen die Zugehörigkeit zur SS. Als Verkörperung nationalsozialistischer Herrenmenschenideologie und als »Bewahrer der Blutsreinheit« sollte der »Schwarze Orden« nach den Vorstellungen Himmlers die Keimzelle einer nordischen Rassendominanz in Europa bilden.

Der eher schwächliche ehemalige Hühnerzüchter Heinrich Himmler hatte allerdings etwas operettenhafte Vorstellungen davon, wie der Idealtypus des »nordischen« Menschen aussehen sollte. Vor allem, meinte er, müsse er groß sein, denn er war davon überzeugt, »daß Menschen, deren Größe über einer bestimmten Zentimeterzahl liegt, das erwünschte Blut irgendwie haben müssen«. Natürlich durfte er auch keine jüdischen Vorfahren besitzen und mußte im nationalsozialistischen Sinn »weltanschaulich« gefestigt sein.

Mit dem Aufbau des Sicherheitsdiensts (SD) unter Reinhard Heydrich als SS-Unterabteilung zur Überwachung gegnerischer Organisationen und innerparteilicher Opposition fiel der SS innerhalb der NSDAP ab 1931 auch die Rolle einer »Parteipolizei« zu, die 1934 mit der Ausschaltung Ernst Röhm's ihre erste große Bewährungsprobe bestanden hatte. Seitdem ist Himmlers SS nicht mehr dem Stabschef der SA unterstellt und erlebt einen kometenhaften Aufstieg, der sich unter anderem darin zeigt, daß Himmler bei Großveranstaltungen der NSDAP wie dem Nürnberger Parteitag hinfort immer direkt hinter Hitler zu sehen ist.

Als Hitler 1936 Heinrich Himmler zum Chef der Deutschen Polizei ernannt, ist damit ein weiterer entscheidender Schritt zur Gleichschaltung und restlosen Aushöhlung des Rechtsstaats getan. Nicht nur ist durch diesen »Führererlaß« vom 17. Juni 1936 die Polizei endgültig den Ländern aus der Hand genommen und einem strikten Zentralbefehl unterstellt worden. Noch schwerwiegendere Folgen hat die Tatsache, daß sie damit regelrecht aus dem Staatsapparat herausgelöst und von einer dem »Führer« persönlich unterstellten Parteiorganisation, der SS, vereinnahmt worden ist. Die Polizei, einmal eine Kerninstitution des Rechtssystems, ist damit gewissermaßen von den Nazis privatisiert worden und kann nun potentiell jederzeit außerhalb des rechtlichen Normensystems tätig werden. Sie ist zu einer »führerunmittelbaren, außernormativen Sonderexekutive« degeneriert, wie Hans-Ulrich Thamer den Sachverhalt treffend beschreibt. Jetzt gibt es eine »nationalsozialistische« Polizei, die »den Willen der Staatsführung zu vollziehen und die von ihr gewollte Ordnung zu schaffen und aufrechtzuerhalten« habe, wie Himmler 1937 verkündet. »Ihre Befugnisse dürfen deshalb nicht durch formale Schranken gehemmt werden.«

Was das bedeutet, hatte Himmler spätestens deutlich gemacht, als ihm als Chef der Politischen Polizei Bayerns 1933 das neu errichtete Konzentrationslager Dachau unterstellt wurde. Himmler hatte Theodor Eicke zum Lagerführer ernannt, einen ehemaligen SS-Führer aus der Pfalz, der 1932 ins faschistische Italien geflohen war, um einer Zuchthausstrafe wegen der Vorbereitung eines Bombenattentats zu entkommen. Eicke wird nach seiner straffreien Rückkehr 1933 in Dachau zum Erfinder des methodischen SS-Terrors gegenüber KZ-Häftlingen. »Toleranz bedeutet Schwäche«, ist Eickes Losung, doch noch wirkungsvoller ist die Art und Weise, wie er seine KZ-Wächter zu einer emotionslosen und disziplinierten Härte verpflichtet.

Eicke war bemüht, ein Höchstmaß an Brutalität zu erzeugen und gleichzeitig den Anschein zu erwecken, daß sie einem strengen Regelsystem gehorchte. Dachau wird, neben dem Columbia-Haus in Berlin, zu einer Schule des SS-Terrors, aus der fast alle künftigen Lagerleiter des nationalsozialistischen KZ-Systems hervorgehen werden. Die Palette der Strafmaßnahmen reicht vom Straferzieren über Kostentzug bis zum Pfahlbinden und der neu eingeführten Prügelstrafe, die vor der angetretenen Häftlingsmannschaft exekutiert wird. Aufwiegler werden »kraft revolutionären Rechts« gehängt, Meuterer »auf der Stelle« erschossen. Die SS ist ihr eigener Gesetzgeber und Richter.

1934, nach dem »Röhm-Putsch«, übernimmt Himmlers SS die Alleinverantwortung für alle Konzentrationslager im Deutschen Reich, die bis dahin noch vielfach unter Kontrolle der SA gestanden hatten. Die Bewachung sämtlicher Lager obliegt den neu gegründeten »SS-Totenkopfverbänden« unter dem jetzt zum »Inspekteur der Konzentrationslager und Führer der SS-Wachverbände« ernannten Theodor Eicke. Alle neu errichteten Konzentrationslager wie Ravensbrück, Sachsenhausen, Buchenwald sowie Flossenbürg und Mauthausen sind in Zukunft nach Plänen dieser »Totenkopfverbände« mit einem Grundriß gebaut, der den SS-Wachmannschaften von ihren Lagertürmen aus nicht nur Einsicht in das gesamte Gelände verschafft, sondern auch jeden Punkt des Lagers mit dem Maschinengewehr erreichbar macht. Die Lagergewalt der SS ist von Anfang an total.

Ab Herbst 1934 verfügt die SS zudem mit der militärischen »Verfügungstruppe«, die Hitler 1938 auch gesetzlich seiner persönlichen Verfügung unterstellt, über einen kasernierten Kampfverband, der zusammen mit den »Totenkopfverbänden« den Kern der späteren Waffen-SS bilden wird, der politischen Weltanschauungsarmee des Nationalsozialismus. Eine weitere Säule des sich herausbildenden SS-Imperiums ist der Sicherheitsdienst (SD), der seit Juli 1932 unter der Leitung des ehemaligen Ma-

rineoffiziers Reinhard Heydrich steht und im Sommer 1934 zum einzigen parteiinternen Nachrichten- und Spionagedienst der NSDAP erklärt wird.

Der SD ist für die Ermittlung von Gegnern des NS-Regimes zuständig und entwickelt sich dabei mit der Zeit zu einem regelrechten nationalsozialistischen *Braintrust*. Rund 30 000 »Vertrauensleute« informieren das Amt des schnell »Oberverdachtsschöpfer« genannten SS-Gruppenführers Heydrich über alle Bereiche des öffentlichen Lebens und liefern Berichte über die Wirkungen der von der NS-Führung verfügten Maßnahmen und Gesetze. Zudem ist der SD für Beurteilungen über die politische Zuverlässigkeit von Parteifunktionären und Offizieren zuständig.

Die Ernennung Himmlers zum Chef der deutschen Polizei 1936 ist auch mit der Erweiterung der Machtbefugnisse seines engsten Mitarbeiters Reinhard Heydrich verbunden. Er wird zum Chef der deutschen Sicherheitspolizei berufen, ein Amt, in dem sich die Parteifunktion des SD-Chefs mit der des Leiters der Gestapo und der Kriminalpolizei untrennbar vermischen.

Im Unterschied zur Ordnungspolizei, geführt von SS-Gruppenführer Kurt Daluge, ist die Sicherheitspolizei für das weitgefaßte Gebiet von der Kriminalitätsbekämpfung bis zur inneren Sicherheit zuständig, zwei Bereiche, die bald einer nationalsozialistischen Neudefinition unterworfen sind. Hat es die klassische Polizeiarbeit mit Tatsachenermittlung zu tun, so treten seit dem Beginn des Nazistaats zunehmend Verdächtigungen, weltanschaulich begründete Unterstellungen sowie »erbbiologische« und »rassische« Faktoren in den Vordergrund.

Die KZs und Zuchthäuser sind voll mit Leuten, denen man auf Grund ihrer politischen Ansichten potentielle staatsfeindliche Handlungen unterstellt; »Gewohnheitsverbrechern« und »Asozialen« wird eine erbbiologische Veranlagung zur Kriminalität nachgesagt, die als Begründung für kriminalpolizeiliche Maßnahmen herhalten muß. Alles das ist einer rechtsstaatlichen Nachprüfung durch Gerichte entzogen, genauso wie die willkürliche Verhaftung von Juden, die im Spätherbst 1938, nach den Pogromen der »Reichskristallnacht«, einen ersten Höhepunkt erreicht.

Die Zerschlagung des Rechtsstaats durch die Machtergreifung der SS im Polizeiapparat ist vollkommen. An seine Stelle ist der nationalsozialistische Staat getreten, in dem nach der Ansicht Heinrich Himmlers kein anderes Recht mehr gelten soll als das »Lebensrecht des deutschen Volkes«, wie es durch den persönlichen Willen des »Führers« definiert wird.

## Alltagsleben im »Dritten Reich«

Der Alltag vieler Deutscher ist in den letzten Jahren der Weimarer Republik von der Angst vor der Arbeitslosigkeit geprägt. Bis 1929 ist jeder sechste Arbeiter und Angestellte wenigstens einmal arbeitslos gewesen. Ein Jahr später, nachdem die Weltwirtschaftskrise Tausende von Unternehmen in den Konkurs treibt, hat jeder vierte zumindest einmal die Arbeit verloren. Die Erfahrung einer Arbeiterin in einer Friedrichsfelder Schuhfabrik steht exemplarisch für das Schicksal Hunderttausender: Zwischen 1925 und 1934 wird sie achtmal wegen Mangel an Arbeit entlassen.

Im Februar 1932 sind mehr als sechs Millionen Menschen bei den Arbeitsämtern gemeldet. Weitere zwei Millionen haben die Suche resigniert aufgegeben. Jeder fünfte Beschäftigte im Reich muß periodisch kurzarbeiten. Alles in allem sind Ende 1932 nur ein Drittel aller Arbeiter vollbeschäftigt.

Wer zum »Arbeitslosenversicherungsunterstützungsempfänger« wird, – wie es damals von Amts wegen heißt –, hat für 26 Wochen Anrecht auf Hilfe. Danach wird er an die Krisenfürsorge, am Ende an die Wohlfahrt weitergereicht. Aber die Unterstützung kann den Lebensunterhalt nicht decken. Ein Ehepaar mit drei Kindern und zumindest »einer festen Arbeit« lebt 1931 von etwa 100 Mark im Monat. Ein Arbeitsloser muß sich mit etwa 47 Mark bescheiden. Nach der Reichsstatistik liegen aber allein die monatlichen Kosten einer fünfköpfigen Familie für Ernährung bei 90 Mark – wenn sie auf »Luxusgüter« wie Butter, Bohnenkaffee, Fleisch am Wochenende, Käse, Eier und Vollmilch verzichtet, bei knapp 50 Mark.

Das Elend ist allgegenwärtig. Berichte wie der folgende stehen täglich im Vorwärts, der Roten Fahne, dem Berliner Tageblatt, den Blättern der Ullstein-Brüder: »Im Haus Bergstraße 8, Quergebäude, zwei Treppen, hat die 35jährige Wohlfahrtsempfängerin Klara Engwicht ihre drei Kinder im Alter von zwei, fünf und sechs Jahren getötet und sich dann selbst erhängt. ...Die Frau befand sich im höchsten Stadium einer neuen Schwangerschaft... Seit Monaten lebt die Familie von Margarinestullen und Milchkartoffeln mit Backobst. Hinzu kommt, die Frau war seit drei Monaten die Miete schuldig und sollte exmittiert werden.«

Als Hitler Reichskanzler wird, gewinnt die durch die weltweite Krise schwer getroffene deutsche Wirtschaft gerade wieder etwas an Dynamik. Der Aufschwung wird beflügelt durch Hitlers auf Kredit finanziertes Investitionsprogramm. Schon Ende 1933 haben seine Maßnahmen die Zahl der Arbeitslosen um eine Million reduziert. 1934 sinkt sie auf 2,7 Millionen, 1935 auf 2,1 Millionen, 1938 liegt sie bei nur noch 429 000. Der Wirtschafts-



historiker Jürgen Kuczynski beschreibt die fatale Wirkung dieser Entwicklung: »Die ganze Atmosphäre, das ganze Milieu änderte sich für den Arbeiter mit dem allmählichen Verschwinden der Arbeitslosigkeit. ... Wie versprochen gaben die Faschisten Millionen Arbeit und Brot – und so glaubten viele Arbeiter auch ihre anderen Lösungen und traten der Nazi-Partei bei.«

Die am 27. November 1933 gegründete NS-Gemeinschaft »Kraft durch Freude« (KdF) ist die populärste der vielen Organisationen im NS-Regime. KdF-Veranstaltungen sollen der Entspannung und der Regeneration zur Erhöhung der Arbeitsleistung dienen. Weitere Aufgaben sind die Verbesserung und Verschönerung der Arbeitsplätze mit Kantinen, Sportstätten oder Grünanlagen. Das Prunkstück von KdF aber ist ihr Reiseprogramm. 43 Millionen Reisen verkauft KdF bis 1939, überwiegend Tagesausflüge. Von den sieben Millionen Urlaubsreisen sind 690 000 Hochseefahrten nach Norwegen, Madeira oder Italien. Die Preise liegen zwischen einer und fünf Reichsmark für Kurzrei-

Auf Nordlandfahrt an Bord eines Dampfers des Norddeutschen Lloyd. Anders als auf den zwölf einklassigen KdF-Schiffen, die zwischen 1934 und 1939 auf insgesamt 673 Seereisen über 700 000 Arbeitern, Angestellten und deren Ehepartnern einen Urlaub auf See bieten, gibt es hier noch drei Klassen.

sen und 120 Reichsmark für eine Schiffsreise nach Madeira, die jedoch für einen Arbeiter mit einem Monatseinkommen von rund 150 Reichsmark nahezu unerschwinglich ist.

Das Bedürfnis der Menschen nach Unterhaltung und Entspannung befriedigt vor allem der Film. In der Saison 1934/35 zählt der Verband 250 Millionen Kinobesuche. Fünf Jahre später sind es bereits über eine Milliarde. Daneben prägt besonders der Rundfunk das alltägliche Freizeitverhalten. Durch den günstigen neuen »Volksempfänger« erhöht sich die Ausstattung der deutschen Haushalte mit Radiogeräten zwischen 1933 und 1941 von 25 auf 65 Prozent.

Der Trend zur Massenkultur und Massenunterhaltung setzt sich nach 1933 unvermindert fort. Millionen sehen und hören jede Woche die Fußballspiele in den Gauligen. Der Fußball mobilisiert Massen, vor allem im Ruhrgebiet. Populärste Mannschaft ist der FC Schalke 04, sechs seiner sieben Deutschen Meisterschaften fallen in die Zeit des NS-Regimes. Die Nationalsozialisten feierten die Erfolge von Schalke stets propagandistisch als »Sieg der Arbeiterklasse«.

Rechts: Aufbruch zum Skilaufen auf einem Tiroler Gletscher, 1938.

Rechte Seite, links: Postbote in Grimma, um 1935.

Rechte Seite, rechts: Kriegsversehrter Laierkastenmann 1935 in Grimma.



Auf dem Land unterscheidet sich der Arbeitsalltag der Menschen kaum von dem ihrer Elterngeneration. Das von der NS-Kunst romantisch verklärte Landleben spiegelte nicht annähernd die täglichen Arbeitsbelastungen in der Landwirtschaft wider, in der die Mechanisierung nur langsam Einzug hält. Zahlreiche Anzeigenkampagnen fordern die Verbraucher auf, einheimische Produkte zu kaufen und Fisch statt Fleisch zu essen. Tatsächlich steigt der Pro-Kopf-Verbrauch von Fisch in Deutschland zwischen 1932 und 1938 von 8,5 auf rund 12 kg. Der Fleischverbrauch nimmt in demselben Zeitraum ebenfalls zu, allerdings nur um 5,4 kg auf 47,5 kg.

Vielen Menschen entgeht, wie sehr die meisten Maßnahmen der Nationalsozialisten militärischen Zwecken dienen. Dabei sprechen die Zahlen eine deutliche Sprache: Zwischen 1933 und 1936 verfünffacht sich die Zahl der Soldaten auf 550 000. Mitte 1939 hat das Heer schon 2,75 Millionen Soldaten. Am 1. September beginnt der Krieg.